

**Sehr geehrte Unterstützende der Petition**

**„Herr Landrat, holen Sie die Geflüchteten aus der Gemeinschaftsunterkunft in Hennigsdorf!“,**

ich möchte mich auf diesem Wege für die zahlreiche Unterstützung unserer Petition bedanken! Mittlerweile haben sich 394 Menschen unserer Forderung nach einer dezentralen Unterbringung der Geflüchteten in der Unterkunft in Hennigsdorf angeschlossen und die Zahl steigt täglich weiter, was Mut macht!

Was hat sich seitdem in der Unterkunft getan?

Zusammengefasst bleibt die Situation für die Bewohner\*innen weiterhin schwierig. Nach neuesten Aussagen der Kreisverwaltung Oberhavel befinden sich etwa 370 Personen in der Unterkunft, einige konnten also noch vor Verhängung der Quarantäne bei Freund\*innen und Bekannten unterkommen. Für einen Teil der Bewohner\*innen besteht seit dem 16.04.2020 eine Quarantäne, die ab dem 22.04.2020 auf alle Häuser ausgeweitet wurde. Da der Landkreis sich weigerte die positiv auf ConV-2 getesteten Personen außerhalb der Unterkunft separiert unterzubringen, wurden die Bewohner\*innen der Unterkunft neu auf die Häuser verteilt. Die Verwaltung hatte zum Ziel, alle positiv getesteten Personen in einem freigezogenen Haus gemeinsam unterbringen. Die bis dahin negativ getesteten Bewohner\*innen wurden neu auf die übrigen vier Häuser verteilt und gelten als Kontaktpersonen von Infizierten, für die ebenfalls die Quarantäne gilt. Da der Vorgang der Umzüge sich bis zum 29. April hingezogen hat, bekamen die Bewohner\*innen am 30. April die traurige Nachricht, dass ihre Quarantäne bis zum 12. Mai verlängert wurde, da nach Auffassung der Kreisverwaltung erst ab Abschluss der Umzüge die häusliche Isolation infizierter Personen erfolgt sei.

Dass während dieser zwei Wochen zwischen Ausbruch der Infektion und dem Abschluss der Umzüge die Menschen weiterhin teils zu viert in einem Zimmer mit positiv getesteten Personen untergebracht waren und eigentlich fast alle festgestellten 69 Infizierten Menschen im ständigen Kontakt mit anderen Bewohner\*innen standen, lässt diese Festlegung des Beginns der Quarantänezeit absurd erscheinen. Der Landrat hat angekündigt, dass am 5. Mai die nächsten Tests bei allen Bewohner\*innen in der Unterkunft durchgeführt werden. Die Ergebnisse könnten dazu führen, dass für manche Personen die Quarantäne früher beendet werden kann. Im Falle der Ermittlung neuer Infizierter kann die Quarantäne aber auch abermals verlängert werden. Eine einzige neu entdeckte Infektion in einem Haus würde nämlich die Verlängerung der Quarantäne für das ganze Haus bedeuten. Dies würde für die Bewohner\*innen die unerträgliche Verlängerung einer ungeheuren Belastung darstellen!

Ihre Lage ist nämlich alles andere als schön. Dies fängt schon damit an, dass die Kommunikation zwischen Kreisverwaltung und den Bewohner\*innen als unzureichend angesehen wird. So wurden die Umzugsmaßnahmen oft sehr kurzfristig angekündigt oder wieder kurzfristig verlegt. Es gab keine schriftliche Aushändigung der Testergebnisse aus der ersten Testreihe, so dass manche Bewohner\*innen mangels schriftlichen Nachweisen über ihre Erkrankung Ärger mit ihrer Arbeitsstelle bekommen haben. Auch über die Dauer

der Quarantäne wurden sie nicht genau informiert und immer wieder im Vagen gelassen. Erst am 30. April wurden sie über die Verlängerung der Quarantäne bis zum 12. Mai unterrichtet.

Am 30. April fand vor der Unterkunft ein Gespräch zwischen dem Landrat und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg statt, bei der die Lage erörtert wurde. An diesem nahmen auch Vertreter\*innen von Flüchtlingsorganisationen und Kreistagsabgeordnete der LINKEN und B90/Die Grünen teil. Auch bei der Integrationsbeauftragten drängte sich der Eindruck auf, dass es hier an guter Kommunikation auf Augenhöhe seitens der Verwaltung mangelt. Sie hob in Ihrer Erklärung dazu deren besondere Bedeutung hervor und bot dem Landkreis Unterstützung an (s. <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~30-04-2020-landesintegrationsbeauftragte-besucht-gemeinschaftsunterkunft-hennigsdorf>). Ein wesentlicher Schritt dazu besteht in der Einrichtung von WLAN in der Unterkunft. Dies fordern die Bewohner\*innen schon seit ihrer Eröffnung. Ohne Zugang zum Internet können die Geflüchteten sich nur schlecht informieren, Kontakte nach Außen aufrechterhalten oder Medien konsumieren. Eingesperrt in Quarantäne und ohne große Gelegenheiten zur Freizeitbeschäftigung wäre das Vorhandensein eines WLAN-Zugangs elementar wichtig für das Wohlbefinden der Bewohner\*innen. Auch hier blieb der Landrat vage. Er sagte, dass die Telekom mit dem Anschluss der Unterkunft an das DSL-Netz beauftragt sei, diese aber aktuell keine Auskunft geben könne, wann sie den Anschluss bewerkstelligen kann. Stattdessen wurden in der vergangenen Woche aber in ziemlich schneller Zeit Überwachungskameras auf den Fluren angebracht, was nicht nur bei den Bewohner\*innen für Unmut sorgte.

Während des Gesprächs am 30. April kamen auch zahlreiche Bewohner\*innen an den Zaun der Unterkunft, um die Anwesenden auf die Missstände hinzuweisen. Neben den bereits erwähnten fehlenden Informationen und fehlenden WLAN wurde auch das Fehlen von frischen Schutzmasken bemängelt. Jede\*r Bewohner\*in hat zwar vor zwei Wochen jeweils zwei medizinische Nasen-Mund-Masken erhalten. Diese Einwegprodukte sind aber nach so einer langen Zeit nicht mehr benutzbar. Entgegen der Zusicherung des Landrates gibt es auch keine neuen Masken bei Anfragen der Bewohner\*innen an die Mitarbeiter\*innen der Kreisverwaltung. Eine große Freude machte die Landesintegrationsbeauftragte den Bewohner\*innen, als diese 500 eigens mitgebrachte waschbare Baumwollmasken verteilte. Diese Hilfe wurde dankend angenommen, wo hingegen der Landrat zunächst keinen Bedarf für diese Verteilung sah. Auch sieht sich der Landkreis, nach Aussage des Landrates in einer Besprechung mit Kreistagsabgeordneten nicht in der Lage alle Bewohner\*innen mit waschbaren Mehrwegmasken auszustatten. Die Frage, wie die unter Quarantäne stehenden Menschen aber an solche Masken ansonsten rankommen könnten, konnte er nicht beantworten.

Ein weiteres, nach wie vor bestehendes Problem ist die ärztliche Versorgung. Zwar steht eine Mannschaft mit Sanitäter\*innen der Samariter auf dem Gelände der Unterkunft und kümmert sich um kleinere Anliegen. Nach Aussage der Kreisverwaltung konnte aber bisher kein Arzt bzw. keine Ärztin gefunden werden, die medizinische Betreuung auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft anbieten möchte. So kam es am Wochenende um den 23. April dazu, dass ein Bewohner mit Diabetes kein neues Insulin erhalten konnte und die Kreisverwaltung erst half, als dieser sich an eine Flüchtlingsorganisation gewandt hat und sie um Hilfe bat. Für die gleiche Person wurde von der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN eine Induktionsherdplatte nebst Töpfen und Pfannen beschafft. Damit sollte der als Diabetiker zur

Risikogruppe zählende Mann, sich in seinem Zimmer sein Essen zubereiten können und so die möglicherweise gefährlichen Kontakte zu anderen Bewohner\*innen vermeiden. Leider wurde die Aufstellung der Herdplatte durch die Hausverwaltung untersagt. Aus Brandschutzgründen könne keine Ausnahme gemacht werden.

In den Gesprächen am 30. April wurde von der Mutter eines Babys erzählt, dass sie nicht wisse ob und wie sie die anstehenden Impfungen für ihr Kind durchführen lassen könnte. Ähnlich geht es auch anderen Familien. All diese Anliegen wurden auch umgehend an die Verwaltungsmitarbeiter\*innen kommuniziert, die eine baldige Lösung versprochen.

Die angesprochenen Probleme haben mehrere Bewohner\*innen in zwei offenen Briefen an die Kreisverwaltung geschildert und mehrere Forderungen formuliert. Diese zeugen von großen Sorgen und Nöten, die die Bewohner\*innen aufgrund der Situation haben. Sie finden diese Briefe im Anhang.

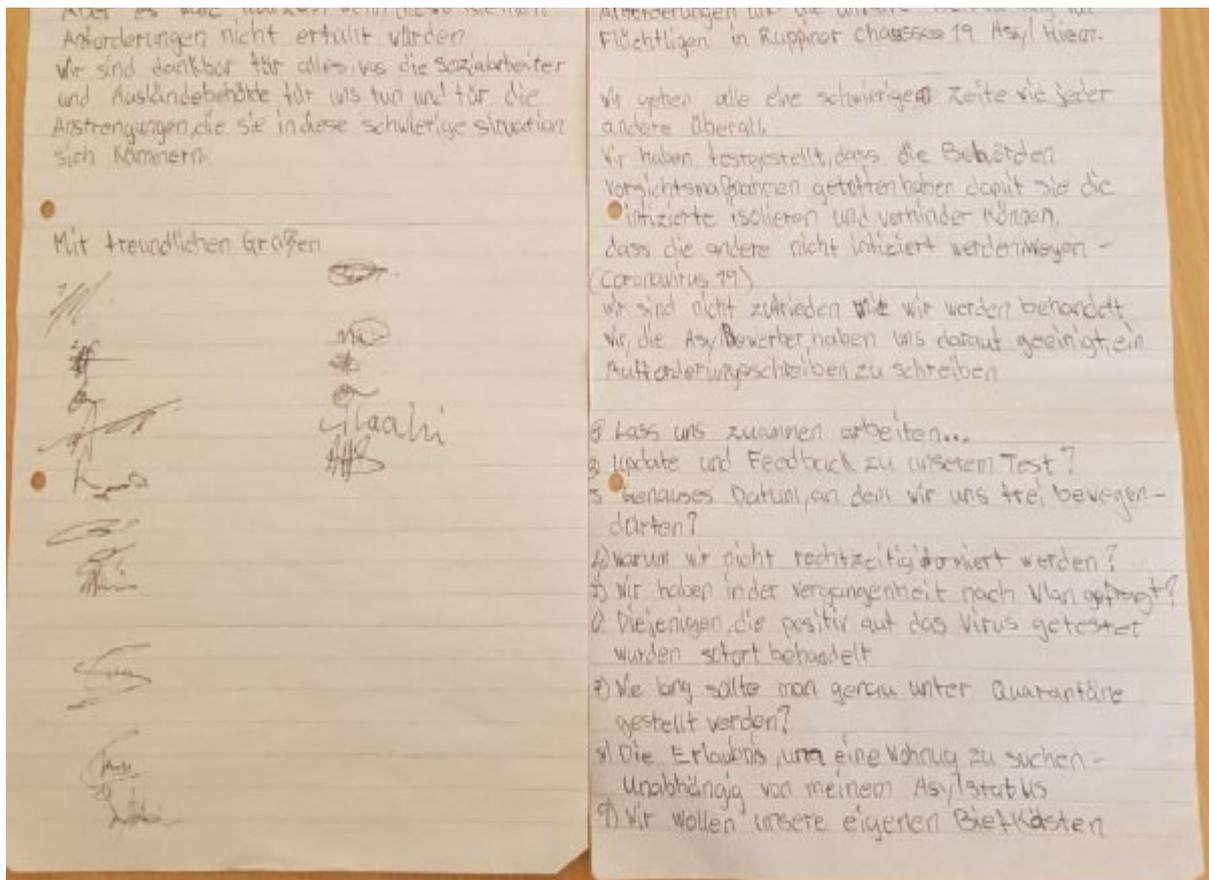
All diese Eindrücke zeigen auf, dass die Notwendigkeit dieser Petition weiterhin besteht. Leider schafft es die Kreisverwaltung, trotz dem durchaus unermüdlichen Einsatz einzelner Mitarbeiter\*innen, die Lage nicht befriedigend zu lösen. Die erwähnte Möglichkeit, der immer weiter zu verlängernden Quarantäne könnte bei den Bewohner\*innen Panik und Unzufriedenheit auslösen. Die bislang einsichtige und ruhige Stimmung könnte kippen. Die Menschen müssen deshalb aus den Unterkünften geholt und dezentral untergebracht werden. Erst dieses Vorgehen garantiert, dass keiner länger als nötig in Quarantäne bleiben muss. Bis dahin muss es zumindest WLAN geben, es muss eine gute medizinische Versorgung und die Bereitstellung von ausreichender Schutzausrüstung gewährleistet sein. Auch müssen die Bewohner\*innen über alle Vorhaben und Abläufe frühzeitig, umfassend und für sie verständlich informiert werden!

Bis auch dies gewährleistet wird, gibt es noch viel zu tun. Ich bitte Sie daher weiterhin darum, diese Petition weiterzuleiten, zu teilen und sich zum Thema zu informieren! Der vielbeschworene gesellschaftliche Zusammenhalt in diesen schwierigen Zeiten, darf nicht am Zaun von Gemeinschaftsunterkünften enden. Gerade die Bewohner\*innen von Gemeinschaftsunterkünften sind auf unsere Hilfe von Außen angewiesen, erst recht, wenn sie von Quarantänemaßnahmen betroffen sind.

Mit solidarischen Grüßen

*Vadim Reimer*

**Kontakt:** [vadim.reimer@die-linke-ohv.de](mailto:vadim.reimer@die-linke-ohv.de)



## Forderungen

Dies ist ein Brief der Nachfrage um die Anforderungen und die unfaire Behandlung von Flüchtlingen in Ruppiner Chaussee 19 Asyl Heim.

Wir gehen alle eine schwierige Zeit wie jeder andere überall.

Wir haben festgestellt, dass die Behörden Vorsichtsmaßnahmen getroffen haben, damit sie die Infizierte isolieren und verhindern können, dass die andere nicht infiziert werden wegen Covid-19. Wir sind nicht zufrieden, wie wir werden behandelt. Wir, die Asyl-Bewerber, haben uns darauf geeinigt ein Aufforderungsschreiben zu schreiben.

1. Lass uns zusammen arbeiten...
2. Update und Feedback zu unserem Test?
3. Genaues Darum, um das wir uns frei bewegen dürfen?
4. Warum wir nicht rechtzeitig informiert werden?
5. Wir haben in der Vergangenheit nach WLAN gefragt?
6. Diejenigen, die positiv auf das Virus getestet wurden sofort behandelt.
7. Wie lang sollte man genau unter Quarantäne gestellt werden?
8. Die Erlaubnis um ein Wohnung zu suchen, unabhängig von meinem Asylstatus.
9. Wir wollen unsere eigenen Briefkästen.

Wir können diesen Anforderungsbrief weiter und weiter schreiben. Aber es wäre nutzlos, wenn diese kleinen Anforderungen nicht erfüllt würden. Wir sind dankbar für alles, was die Sozialarbeiter und Ausländerbehörde für uns tun und für die Anstrengungen, die sie in diese schwierige Situation sich kümmern.

Mit freundlichen Grüßen

Thema: Diskriminierung im Zuge der Gesundheitskrise.

Meine Damen und Herren,

mit Schmerz und tiefer Sorge kommen wir zu Ihnen, um die Ungerechtigkeiten anzuprangern, die wir seit dem Erscheinen von Covid-19 erlitten haben.

In der Tat ist uns die Pandemie, die derzeit die ganze Welt betrifft, sehr wohl bekannt. Seit Beginn von Covid-19 und der von der Regierung angeordneten Ausgangsbeschränkung, wurden hier Covid-19 Tests durchgeführt. Bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse blieben wir unter Quarantäne ohne Trennung von Verdachtsfällen. Einige von uns sind positiv erklärt worden ohne dafür eine schriftliche Benachrichtigung erhalten zu haben. Auch wenn wir heute positiv von negativ getesteten Personen getrennt sind, sind wir innerhalb der Grenzen des Materials für unsere Gesundheit, bleiben Schutzmaßnahmen wie Nasenmasken sowie Desinfektionsmittel Mangelware. Jede\*r von uns hat seit Beginn des Kampfes gegen die Krankheit gerade eine Nasenmaske erhalten. Wir nähern uns dem Ende der Quarantäne, die am 5. Mai enden soll, und keiner von uns zeigt Symptome der Krankheit, aber einige Quellen in der Unterkunft sprechen von einer möglichen Verlängerung um 14 Tage, ohne uns über etwas zu informieren. Diese Art mit uns umzugehen erzeugt Misstrauen und hat die meisten unter uns in Panik versetzt. Es fehlt uns an psychologischer Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wir möchten auch die Verletzung der Privatsphäre und das Fehlen eines Internetanschlusses in unseren Räumlichkeiten anprangern. Wie Sie sehen werden, sind in allen Korridoren ohne Vorankündigung Kameras installiert worden, was für uns ein Missbrauch darstellt und auch unsere Privatsphäre verletzt. Schließlich ist der Internetanschluss zu einem knappen Gut geworden, was unser tägliches Leben noch schwieriger und schmerzhafter macht. Einige von uns haben aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht die Möglichkeit, sich Einkäufe zu leisten. Auch unsere Ernährung ist so schwierig geworden, dass selbst wenn wir Geld haben, niemand hingehen kann, um Essen zu besorgen, da wir alle unter Quarantäne stehen.

In Sorge und in Erwartung besserer Lebensbedingungen bitten wir Sie, meine Damen und Herren, das Leben in unserer Unterkunft menschenwürdiger zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen.